

**Leipzig.** Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Montags täglich und wird Nachmittags 4 Uhr aus- gegeben.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 8).

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!»

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

## Deutschland.

**Preußen. — Berlin, 26. Sept.** Wie aus Paris hierhergemeldet wird, ist die Abreise des Kuriers oder Attaché, welcher das für die neapolitanische Regierung bestimmte Ultimatum nach Neapel überbringen soll, verschoben worden, und war dieselbe vorgestern Mittag noch nicht erfolgt. Was der Grund davon ist, wissen wir nicht; doch werden die nächsten Tage wol Aufschluß darüber geben. Daß man den Abgang des bereits beschlossenen und ausgefertigt gewesenen Ultimatus gänzlich inhibiren werde, ist, wenn nicht ein besonderer Zwischenfall und namentlich keine Wendung in der Haltung der neapolitanischen Regierung eintritt, wol nicht anzunehmen. Unwahrscheinlich wäre es nicht, daß Oesterreich um die Unterlassung des letzten Schritts, bis Hr. v. Hübnier von Neapel abgereist sein und das Resultat seiner Bemühungen in bestimmter Weise vorliegen würde, dringend nachgesucht hätte. Es ist nun recht drohlich, daß unsere Börsen-Zeitung sich bereits vorgestern, wo also das Ultimatum noch gar nicht abgegangen war, in der Lage befand, „in positiver Weise“ mittheilen zu können, daß die neapolitanische Regierung „einfach und entschieden ablehnend“ geantwortet habe. Es scheint in der That, als ob die Berliner Börsen-Zeitung einen eigenen Tatar in ihrem Dienste hätte. — Wie wir vernehmen, sollen Frankreich, Oesterreich und England sich bereits damit einverstanden erklärt haben, daß die neuenburger Frage bei dem ersten Wiederzusammentritt der Pariser Conferenz in diplomatische Verhandlung gezogen werde und zwar mit Inaussichtnahme einer definitiven Regulirung derselben. Von Rußland, welches das Londoner Protokoll von 1852 bekanntlich ebenfalls mitunterzeichnet hat, soll eine Antwort noch nicht eingetroffen sein; doch ist es wol keine Frage, daß man von dieser Seite auf die kräftigste Beihülfe zum rechnen können. Hiermit dürfte die Sache vorläufig also, d. h. bis zum Wiederzusammentritt der Pariser Conferenz, auf sich beruhen. Der Zwischenraum an Zeit, welcher hierdurch gewonnen wird, dürfte zur Herbeiführung einer angemessenen Regulirung des Gegenstandes wol wesentlich mit beitragen. Was das kriegerische Heißblut gewisser nicht-preussischer Blätter betrifft, die sich plötzlich in ganz gewaltiger Weise mit der Wahrung der „Ehre“ Preußens abgeben, so haben wir schon früher bemerkt, was davon zu halten sei. Segen diese Blätter nun gleichwol noch immer ihre curiosen Tiraden fort, so muß man sie eben in Gottes Namen schwagen lassen. — Aus der Kölnischen Zeitung werden Sie ersehen haben, daß der Redacteur der in Minden erscheinenden Patriotischen Zeitung, Hr. Emil Lindenberg, Anfangs dieser Woche von Minden nach Potsdam „unter Begleitung“ geführt worden ist. (Nr. 225.) Der gegen ihn schwebende Proceß hängt bekanntlich mit der potsdamer Depeschendiebstahls-geschichte zusammen, und soll sich die gegen Hr. Lindenberg erhobene Anklage auf einen, schwere Beleidigungen gegen den Prinzen von Preußen enthaltenden Brief gründen, den Hr. Lindenberg bei Gelegenheit einer Anwesenheit des Prinzen von Preußen in Minden an den Generaladjutanten v. Gerlach geschrieben hatte. Vom Criminalgericht zu Potsdam war zur Verhandlung des Proceßes auf den 8. Sept. Termin angefahrt; Hr. Lindenberg erschien indessen nicht, angeblich krankheitshalber, und die Verhandlung des Proceßes mußte demnach ausfallen. Das Urtheil, welches dem Gericht über das Befinden des Hr. Lindenberg vorgelegt wurde, soll, wie es heißt, von einem Physikus ausgestellt gewesen sein. Es scheint nun, daß der Oberstaatsanwalt Schmarck, welcher, wie in dem Proceß gegen Lechen, auch in diesem Proceß das öffentliche Ministerium selbst vertritt, dem Urtheil keinen sonderlichen Glauben geschenkt und deshalb, zur Sicherung des Erscheinens des Angeklagten im nächsten Termine, es vorgezogen habe, ihn verhaften zu lassen. Infolge dessen ist Hr. Lindenberg am vergangenen Montag Abend in das Gefängniß des Kreisgerichts zu Potsdam eingeliefert worden. Wann der neue Termin stattfindet, ist noch nicht bekannt; doch dürfte die Verhandlung des Proceßes wol schon ganz demnächst zu erwarten sein. Wie es heißt, soll diesmal die Oeffentlichkeit nicht ausgeschlossen werden; es wäre zu wünschen, daß dies sich bestätigt. Wird Hr. Lindenberg schuldig befunden, so dürfte der §. 77 des Strafgesetzbuchs gegen ihn in Anwendung kommen, welcher lautet: „Wer durch Wort, Schrift, Druck, Zeichen, bildliche oder andere Darstellung die Königin, den Thronfolger, ein anderes Mitglied des königlichen Hauses oder den Regenten des preussischen Staats beleidigt, wird mit Gefängniß von einem Monat bis zu drei Jahren bestraft. Auch kann gegen denselben zugleich auf zeitliche Unterfügung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“ Es ist dieser Proceß unstreitig vom höchsten Interesse. Die Patriotische Zeitung ist bekanntlich eine Filiale der hiesigen Kreuzzeitung, und es dürfte darum über das Epionensystem, welches von einer gewissen Seite gegen den Prinzen von Preußen, nach dem bekannten Pamphlet über den potsdamer Depeschendiebstahl, ausgeübt worden sein soll, bei dieser Gelegenheit wol ein Näheres an das Tageslicht kommen, wenn anders Das, was der Pam-

phletist sagt, nicht ganz auf Erfindung beruht. Vielleicht dürfte es angemessen sein, hier noch eine Stelle aus der Patriotischen Zeitung vom 27. März d. J. über den fraglichen Brief des Hr. Lindenberg an den Generaladjutanten v. Gerlach folgen zu lassen. Dieselbe lautet: „Der Brief, den der Redacteur dieser (der Patriotischen) Zeitung im Sommer v. J. an den General v. Gerlach geschrieben, enthielt eine Mittheilung über die Anwesenheit Sr. k. H. des Prinzen von Preußen hier in Minden und Das, was Sr. k. H. bei dieser Gelegenheit vor vielen Personen gesprochen hatte. Dieser Brief enthielt keinerlei Unwahrheiten, noch weniger „Verleumdungen“ gegen des Prinzen k. H., wie aus seinem, gewiß mehrfach conservirten Inhalt leicht zu constatiren ist. Der General v. Gerlach aber hatte dem Schreiber des Briefs weder zu dieser, noch zu irgendeiner andern Mittheilung jemals einen Auftrag oder eine Anregung gegeben. Ersterer hatte den Brief ganz aus eigener Veranlassung geschrieben und hat außerdem nur einige Besuche in Betreff der Patriotischen Zeitung, sonst aber gar kein Schreiben an den General v. Gerlach gerichtet. Es sind mithin alle aus dem Bekanntwerden des Briefs gezogenen Folgerungen unwahr und erlogen.“ Diesen Versicherungen gegenüber ist es nun höchlich sonderbar, daß die Staatsanwaltschaft sich gleichwol veranlaßt gesehen hat, eine Anklage gegen Hr. Lindenberg zu erheben und ihn obendrein, wenn auch nur vorläufig und zunächst blos zur Sicherung seines Erscheinens im nächsten Termine, auch gefänglich einziehen zu lassen. Wir müßten uns sehr wundern, wenn bei dieser Gelegenheit nicht einige sonderbare Dinge an den Tag kommen sollten. Warten wir das Weitere jedoch ab. — Die Gattin und Familie des Muchli-Pascha verweilen seit einigen Tagen hier und erregen viele Aufmerksamkeit. Muchli-Pascha ist bekanntlich der frühere preussische Oberstlieutenant v. Kuczowski, welcher seinerzeit als Instructeur der Artillerie nach der Türkei gegangen ist und nunmehr die Stelle eines Generals der türkischen Artillerie bekleidet. — Viel lacht man hier über folgenden Vorfall. Am 24. Sept. hielt der hiesige Evangelische Verein eine erbauliche Versammlung. Während das zahlreiche, meist aus Weibern bestehende Auditorium einem geistlichen Vortrage mit Spannung folgte, schrie plötzlich eine Frau, wie verzückt, laut auf: „Seid gerecht, er kommt, er kommt, der Herr ist am Altar!“ Diese, von unmittelbarer Inspiration hervorgerufene Exclamation erzeugte natürlich eine große Bewegung und mit der Andacht war es zu Ende. Es stellte sich später heraus, daß die betreffende Frau häufig den Versammlungen der Irvingianer bewohnt, bei welchen dergleichen Inspirationen und Ausrufungen sehr häufig vorzukommen pflegen. Hr. Wagener, der vormalige Redacteur der Kreuzzeitung und nunmehriger Mitführer der äußersten Rechten, gehört bekanntlich ebenfalls zu den Irvingianern, worin seine Nebenbarten vom ersten Adam und vom zweiten Adam ihre Erklärung finden. Hr. Wagener steht bei seiner Sekte in großem Ansehen, und er bekleidet, wenn wir nicht ganz irren, die Würde eines Viceerzengels von der siebenten Stufe.

— Wie man der hiesigen Börsen-Halle aus Berlin schreibt, sind von Seiten der preussischen Regierung nunmehr mit sämmtlichen Großmächten in Bezug auf die neuenburger Frage Unterhandlungen angeknüpft worden. Wie verlautet, wird in den Weisungen, welche den Vertretern Preußens bei den europäischen Höfen zugegangen, im Hinblick auf die diesseitigen Rechtsverwahrungen und auf das Londoner Protokoll vom 24. Mai 1852 sowie unter Hinweis auf die vom Ministerpräsidenten v. Manteuffel in der Pariser Conferenzsitzung vom 8. April d. J. abgegebene Erklärung die zuverlässige Erwartung an den Tag gelegt, daß die Mächte zur Erledigung der Sache im Sinne der wiederholt für begründet erklärten Rechtsansprüche des preussischen Königshauses ihre guten Dienste eintreten lassen. Gleichzeitig spricht Preußen die Hoffnung aus, es werde gelingen, die Angelegenheit auf dem gütlichen Wege der diplomatischen Vermittelung zum befriedigenden Austrag zu bringen.

Die Neue Preussische Zeitung sagt: „Der brüsseler Nord läßt sich von einem berliner Correspondenten schreiben, die preussische Regierung beabsichtige, das Fürstenthum Neuenburg an Frankreich abzutreten gegen eine Territorialentschädigung bei Saarbrück. Allerdings sagt der Nord, daß er diese Nachricht nur mit jeder Reserve verbreite; aber es gibt denn doch Gerüchte, die man besser ungedruckt läßt, als sie, in welcher Weise auch, weiterzutragen. Mehr gegen dies Gerücht zu sagen, wird unsererseits nicht nöthig sein, zumal ja dem Nord selbst in einer andern Correspondenz derselben Nummer klar auseinandergesetzt wird, daß Preußen sich zunächst mit den Garantien des Londoner Protokolls ins Vernehmen zu setzen habe. Daß dies geschieht, haben wir schon neulich gemeldet.“

— Die National-Zeitung schreibt unterm 25. Sept.: „Das von Ph. Nathusius in Reinstedt herausgegebene „Volksblatt für Stadt und Land“, bekanntlich das Organ der Heugstenberg-Deo'schen Partei, hat in der neuern Zeit besonders die Freimaurerei zum Gegenstand seiner Anfeindung ge-